

Kernforderungen zur Bundestagswahl 2017

In Deutschland sind circa 17 Millionen Menschen von einer Erkrankung des Bewegungsapparates (muskuloskelettale Erkrankungen) betroffen. In einer älter werdenden Gesellschaft wird diese Zahl weiter zunehmen.

Rheuma kennt keine Altersgrenzen. Bundesweit leiden auch 13.000 Kinder und Jugendliche an entzündlichem Rheuma, 1.200 erkranken jedes Jahr neu.

Schmerzen, körperliche Bewegungs- und Funktionseinschränkungen und eine lebenslange Medikation gehören zum Alltag rheumakranker Menschen. Chronisch entzündlich-rheumatische Erkrankungen führen fast immer zu einem Verlust an Lebensqualität.

Rheuma belastet nicht nur den Einzelnen sondern auch die Volkswirtschaft. Heute verursachen muskuloskelettale Erkrankungen Behandlungskosten in Höhe von 28 Milliarden Euro. Sie führen die Statistik der häufigsten Ursachen für Arbeitsunfähigkeitstage an. Nach zwei Krankheitsjahren sind fünf Prozent der Betroffenen im erwerbsfähigen Alter mit entzündlich-rheumatischen Erkrankungen ganz oder teilweise erwerbsgemindert. Nach fünf Jahren sind es zehn Prozent. Ein geringes Einkommen und kaum Möglichkeiten zur privaten Altersvorsorge - Rheuma kann ein Armutsrisiko sein.

Chronisch kranke Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Das darf nicht sein!

Wir meinen:

Menschen mit rheumatischen Erkrankungen gehören in die Mitte der Gesellschaft.

Dies gelingt nur, wenn sich die Versorgungssituation rheumakranker Menschen verbessert.

Medizinische Versorgung: Durch schnellere Diagnose verbessern und leitliniengerechte Therapie sichern!

Fakt ist

- → Lange Wartezeiten auf Termine beim Rheumatologen und lange Anfahrtswege sind keine Ausnahme. Dies gilt sowohl für die Diagnosestellung als auch Behandlungstermine bei einem akuten Schub.
- → Eine verzögerte medikamentöse Therapie kann zu Funktionseinschränkungen bis hin zu einer Behinderung führen.
- → Nicht-medikamentöse Therapien, wie Physio- oder Ergotherapie, werden zu selten verordnet.
- → Schnittstellenprobleme in der Versorgung verstärken die Fehlversorgung rheumakranker Menschen.

Wir fordern

- ✓ mehr niedergelassene internistische Rheumatologen. Auf 50.000 Einwohner muss ein Rheumatologe kommen.
- ✓ eine medizinische Versorgung, die qualitätsgesichert und sektorenübergreifend ist.
- ✓ einen schnellen Zugang zur spezialisierten Versorgung.
- ✓ eine bedarfsgerechte Versorgung mit nicht-medikamentösen Therapien, wie Heilmitteln.

Kosten: Gesundheit braucht Solidarität!

Fakt ist

- → Zuzahlungen zu Heil- und Hilfsmitteln, Kosten für nichtverschreibungspflichtige Medikamente, Aufzahlungen für verschreibungspflichte Medikamente, Haushaltshilfen oder Fahrten zu Therapien sind zusätzliche Kostenverursacher. Sie belasten Betroffene über Gebühr.
- → Existenznöte verhindern, dass chronisch Kranke Geld für den Erhalt ihrer Gesundheit ausgeben.
- → Durch die Aufgabe der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung tragen ausschließlich die Versicherten die Kosten für alle weiteren Ausgabensteigerungen.

Wir fordern

- ✓ die Anrechnung aller notwendigen krankheitsbezogenen Ausgaben chronisch kranker Menschen auf die Belastungsgrenze von einem Prozent des Einkommens.
- ✓ die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.

Beruf und Rheuma: Dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt bewerkstelligen!

Fakt ist

- → In der Theorie gilt zwar der Grundsatz "Reha vor Rente", in der Praxis wird das längst nicht immer umgesetzt.
- → Viele Arbeitnehmer verschweigen ihre Erkrankung, weil sie Angst haben, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren.
- → Es gibt vielfältige staatliche Fördermöglichkeiten zum Erhalt der Erwerbstätigkeit oder zur (Wieder-)Eingliederung ins Berufsleben. Diese sind in den Betrieben oftmals unbekannt.
- → Rheumakranke Menschen benötigen mehr flexible Arbeitszeitmodelle, um Job und Erkrankung auch langfristig miteinander zu vereinbaren.

Wir fordern

- ✓ einen "Runden Tisch", um eine bessere Zusammenarbeit aller Akteure zu erreichen. Neue Arbeitsmodelle können so schneller in Betrieben und Unternehmen umgesetzt werden.
- ✓ Arbeitsformen, die es Betroffenen ermöglichen in Teilrente zu gehen.
- ✓ den Abbau von Informationsdefiziten bei Arbeitgebern zu den Fördermöglichkeiten für behindertengerechte Arbeitsplätze.
- ✓ eine bessere Abstimmung der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben, damit Maßnahmen ohne Verzögerung beginnen.

Soziale Sicherheit: Rheumakranke Menschen nicht abhängen!

Fakt ist

- → Das Einkommen rheumakranker Menschen reicht häufig nicht aus, um privat finanziell für das Alter vorzusorgen.
- → Rheumakranke Menschen sind wegen ihrer Vorerkrankung von privaten Berufsunfähigkeitsversicherungen ausgeschlossen.

- → Durch den schubweisen Verlauf können sich Berufsausbildungs- und Studienzeiten verlängern. Die Anrechnungszeiten für die universitäre Ausbildung werden seit 2005 gekürzt. Besonders junge chronisch Rheumakranke sind davon betroffen.
- → Die seit 2001 geltenden Abschläge von maximal 10,8 Prozent bei der Erwerbsminderungsrente führen dazu, dass eine finanzielle Absicherung für chronisch kranke Menschen durch die Erwerbsminderungsrente nicht gewährleistet ist.
- → Das Leistungsniveau der Erwerbsminderungsrente ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Damit steigt auch das Armutsrisiko für chronisch rheumakranke Menschen.

Wir fordern

- ✓ einen erleichterten Zugang zu privaten Versicherungen für chronisch kranke Menschen.
- ✓ die komplette Anrechnung aller Schul- und Ausbildungszeiten bei rheumakranken Menschen.
- ✓ die Abschaffung der Abschläge von 10,8 Prozent bei den Erwerbsminderungsrenten.
- ✓ eine grundlegende Reform der Erwerbsminderungsrente.

Weiterführende Informationen "Aktionsplan für rheumakranke Menschen"